



Kija, Meraner Straße 5, 6020 Innsbruck, Österreich

Amt der Tiroler Landesregierung  
Abteilung Verfassungsdienst  
per E-Mail an: [verfassungsdienst@tirol.gv.at](mailto:verfassungsdienst@tirol.gv.at)

Meraner Straße 5  
6020 Innsbruck  
+43 512 508 3792  
[kija@tirol.gv.at](mailto:kija@tirol.gv.at)  
[www.kija-tirol.at](http://www.kija-tirol.at)

Informationen zum rechtswirksamen Einbringen und  
Datenschutz unter [www.tirol.gv.at/information](http://www.tirol.gv.at/information)

Geschäftszahl – beim Antworten bitte angeben

Kija-RE-2000/90-2023  
Innsbruck, 15.06.2023

**Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Tiroler Kinderbildungs- und  
Kinderbetreuungsgesetz geändert wird;  
GZ: VD-651/371-2023**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Unter Bezugnahme auf das Schreiben des Verfassungsdienstes, VD-651/371-2023, wird seitens der Kinder- und Jugendanwaltschaft Tirol zur geplanten Änderung des Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetzes folgende Stellungnahme abgegeben:

Die Kinder- und Jugendanwaltschaft Tirol begrüßt, dass künftig in allen Kinderbetreuungseinrichtungen zusätzlich Kinderschutzkonzepte erarbeitet werden sollen. Die Implementierung von Kinderschutzkonzepten sehen wir als eine große Chance, um den Kinderschutz voranzutreiben. Damit wurde einer Forderung der Kinder- und Jugendanwaltschaft Tirol nachgekommen.

*Folgendes ist jedoch kritisch anzumerken:*

Zu Z 5 (§ 17):

Laut § 17 „ist für jede Kinderbetreuungseinrichtung ein die geltenden fachlichen Standards berücksichtigendes Kinderschutzkonzept zu erarbeiten“. Fraglich ist, woran diese geltenden fachlichen Standards festgemacht werden sollen.

Zu beachten ist außerdem, dass die Erstellung eines Kinderschutzkonzeptes einen umfassenden Organisationsentwicklungsprozess darstellt, welcher bestenfalls professionell begleitet werden soll. Es ist somit zu überlegen, wie eine adäquate Prozessbegleitung sichergestellt werden kann, insbesondere um zu vermeiden, dass alle Kinderbetreuungseinrichtungen dasselbe Kinderschutzkonzept vorlegen.

Anzumerken ist, dass es unserer Meinung nach unerlässlich ist, dass Mitarbeitende eine „Strafregisterbescheinigung Kinder- und Jugendfürsorge“ vorlegen. Diese Maßnahme bietet selbstverständlich keine Garantie, insbesondere die Strafregisterbescheinigung gegebenenfalls nicht das ganze Vorleben abbildet, es ist jedoch ein wichtiger Baustein in Richtung eines umfassenden Kinderschutzes. Dies gilt somit nicht nur für Kinderbetreuungseinrichtungen, sondern auch für die nachfolgend erwähnten Betreuungsformen, wie Tagesbetreuung, Ferienbetreuung, usw. Wir fordern daher, dass alle Mitarbeitenden in den betreffenden Bereichen eine „Strafregisterbescheinigung Kinder- und Jugendfürsorge“ vorlegen müssen.

Zu den Z 11 und 12 (§ 43 Abs. 1 zweiter Satz und Abs. 2 zweiter Satz):

Vorzustellen ist, dass die Einführung der Vorlage einer Risikoanalyse als Voraussetzung für die Genehmigung der Tagesbetreuung nicht abschließend beurteilt werden kann, da die genauen Inhalte der Risikoanalyse von der Landesregierung durch Verordnung festzulegen sind. In den Erläuterungen wird ausgeführt, dass eine Risikoanalyse insbesondere alle Einschätzungen und Bewertungen zur potentiellen Risiken umfasst, um eine Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung zu schaffen und die Grundlage für die zu setzenden Schritte und das weitere Vorgehen in der Maßnahmenplanung darstellt. Dem ist grundsätzlich zuzustimmen, jedoch wird angemerkt, dass es fraglich ist, inwiefern eine weitere Maßnahmenplanung ohne entsprechend Verpflichtung vorgenommen wird.

Wie in den Erläuterungen beschrieben, stellt eine Tagesbetreuung zwar eine abweichende Organisationsstruktur dar, nur eine Risikoanalyse ohne weitere Komponenten eines Kinderschutzkonzeptes durchzuführen, erachten wir aber als wenig zielführend und nicht ausreichend, um Kinder bestmöglich zu schützen. Wir erkennen, dass mit der Erstellung eines Kinderschutzkonzeptes ein erhöhter Arbeitsaufwand verbunden ist – Kinderschutz darf aber nicht daran scheitern. Zwar wird durch die Risikoanalyse bereits sensibilisiert, es muss jedoch weitergedacht werden, wie man den erkannten Risiken begegnet und insbesondere, wie bei etwaigen Verdachtsfällen vorzugehen ist, damit mit allen Beteiligten – also den Minderjährige aber auch den Mitarbeitenden selber – adäquat umgegangen wird.

Um diesen umfassenden Kinderschutz zu fördern, fordern wir, dass auch in der Tagesbetreuung, in welcher die Kinder viel Zeit verbringen, ein Kinderschutzkonzept, welches jedenfalls den Mindestanforderungen des § 17 entspricht, erstellt werden soll.

Zu den Z 13 und 14 (§§ 45 und 45a):

In Kinderspielgruppen und in der bedarfsorientierten Mittagsbetreuung soll künftig als Voraussetzung für eine Förderung jeweils eine Risikoanalyse erstellt werden. Begründet wird dies auch hier damit, dass eine Risikoanalyse aufgrund der abweichenden Organisationsstruktur (z. B. werden Eltern in Kinderspielgruppen vor Ort in der Betreuung miteinbezogen) als ausreichend angesehen wird. Es ist natürlich zutreffend, dass die Strukturen in Kinderspielgruppen und der Mittagsbetreuung von denen einer Kinderbetreuungseinrichtung abweichen. Beispielsweise verbringen die Kinder hier deutlich weniger Zeit oder wie zutreffend ausgeführt, sind zum Teil Eltern dabei. Trotzdem wollen wir betonen, dass sich auch hier Risiken verbergen, welchen bereits präventiv adäquat zu begegnen ist. Allein eine Risikoanalyse zu erstellen, erachten wir somit als zu wenig weitreichend.

Wir regen an, dass auch in diesen Betreuungsformen aufbauend auf die Risikoanalyse ein Verhaltenskodex und ein Leitfaden zum Umgang mit Beschwerden und Verdachtsfällen zu erstellen ist.

Zu Z 15 (§ 45b):

In der bedarfsorientierten Ferienbetreuung soll künftig als Voraussetzung für eine Förderung ebenfalls nur eine Risikoanalyse erstellt werden. Auch hier erkennen wir zwar, dass es sich um eine abweichende Organisationsstruktur handelt, sind aber der Meinung, dass eine Risikoanalyse nicht ausreichend ist, insbesondere Kinder in der Ferienbetreuung viel Zeit verbringen und intensiv betreut werden. Deshalb kann weiters auf unsere Ausführungen zu den Z 11 und 12 (Tagesbetreuung) verwiesen werden.

Somit fordern wir, dass in der bedarfsorientierten Ferienbetreuung ebenfalls ein Kinderschutzkonzept, welches jedenfalls den Mindestanforderungen des § 17 entspricht, zu erstellt ist.

Mit freundlichen Grüßen

Mag.<sup>a</sup> Simone Altenberger

Juristin